

NIH BRAU DA! PDA BERN

DIE ROTE POST DER PDA BERN ★ NUMMER 1/2011 ★

Atomwirtschaft und Widerstand	1
AKW Mühleberg stilllegen!	2
Nein zur Revision des Sozialhilfegesetzes!	3
Anti Le Corbusier Party und Boxkampf am 1. Mai	4
Otto Marti zum 95.	5
Parolen für die Abstimmung vom 15. Mai 2011	6 - 7

DIE ATOMWIRTSCHAFT WEICHT NUR EINEM BREITEN WIDERSTAND VON UNTEN!

Die Atomwirtschaft ist alarmiert! Und heute warnt auch schon der Betreiber des AKWs Mühleberg. Die BKW warnen vor „überhastetem Aktionismus“! Solche Töne kommen uns aber doch recht vertraut vor: Noch klingen die Worte von den „schlafenden Hunden“, die es nicht zu wecken gelte, nach. Dazwischen liegen 16 Monate – das Denkmuster ist das gleiche. Das ist kein Zufall: Jede Industrie entwickelt auch ihre Philosophie. So sind wir denn hier nicht nur einer Technologie ausgeliefert, die auf Abschottung in jeglicher Form angewiesen ist, sondern auch einer Mentalität, in welcher der „Faktor Mensch“ bloss als potentieller Störfall in Rechnung gestellt wird.

Die verbrecherische Informationspolitik der Fukushima-Betreiberfirma Tepco und der mit ihr kollaborierenden japanischen Regierung stellen den höchsten Ausdruck einer solchen Mentalität dar; der menschenverachtende Umgang mit den Arbeitern vor Ort ist bislang der schreckliche Höhepunkt. Unter solchen Umständen mit der Atomindustrie über die Zukunft der Atomenergie diskutieren zu



wollen, überschreitet eindeutig die Grenzen der Naivität und schmeckt schon stark nach Zynismus. Allzu offensichtlich ist doch die Asymmetrie zwischen den „Gesprächs-Partnern“! Zu lange ist die Liste der Lügen, Halbwahrheiten, Fehlinformationen, Vertuschungsversuche, Tricks, Beschwichtigungen, Beschönigungen, Bestechungen und Manipulationen von Seiten der Atomindustrie – auch hier

NIXBRAVDA!

WIR EMPFEHLEN IHNEN FENSTER ZU SCHLIESSEN UND MUND UND OHREN GESCHLOSSEN ZU HALTEN



in unserem Land. Es ist also nur zu verständlich, wenn die Atomindustrie und ihre heimlichen und unheimlichen Unterstützer jetzt auf Zeit spielen.

Ohne „überhasteten Aktionismus“ sollen wir zum Courant normal zurückkehren, der die Mühlen der Politik bekanntlich nur sehr langsam mahlen lässt. Über Laufzeiten für AKWs lässt sich vortrefflich diskutieren, zumal sie sich ebenso vortrefflich der politischen und wirtschaftlichen Konjunktur anpassen lassen. Und schon wird jetzt an „Kompensations“-Geschäften herumgebastelt, an ultimativ geforderten Vorleistungen in Bezug auf Natur- und Landschaftsschutz. UmweltschützerInnen, Grüne und Linke sollen jetzt in die Pflicht genommen werden. Das fordern just jene, die sich Jahrzehnte lang darum foutiert haben, dass die Atomkraft Abfall produziert, auf dem ja nicht sie selber für Jahrhunderte sitzen bleiben.

Wer nicht zum Tagesgeschäft übergehen will, übergehen kann, belässt es nicht bei den vielen schönen Worten, die plötzlich überall zu hören sind. Belässt es auch nicht bei den Motionen zu Mühleberg, die in letzter Zeit eingegangen sind. Und belässt es ganz sicher nicht beim Hoffen: auf das plötzliche Verantwortungsbewusstsein der AKW-Betreiber, auf die Durchsetzungskraft politischer Behörden – oder gar auf Wahlen. Wem es ernst ist mit dem schnellen Ausstieg aus dem Atomwahn, stellt sich hinter die Forderung: Stilllegung von Mühleberg – und zwar sofort!

Wir können uns hier die Köpfe heiss reden. Der kühle politische Verstand sagt uns aber, dass das Ziel einer sofortigen Stilllegung des AKWs Mühleberg erst dann erreicht werden kann, wenn die Bevölkerung diese so wichtige Forderung nicht an die Politikerinnen und Politiker delegiert. Wenn sich ein breiter Widerstand auf der Strasse, in den Quartieren, an den Arbeitsplätzen, in den Schulen organisiert, dann fällt mit Mühleberg das erste Bollwerk der Atomindustrie und der Atomphilosophie. Die „schlafenden Hunde“ sind längst erwacht. Das ist das einzige, wovor die BKW jemals Angst

gehabt haben. Wir werden sehen: Diese Angst ist sehr berechtigt.

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 31. März 2011

Dringliche Motion Rolf Zbinden

AKW MÜHLEBERG STILLEGEN – UND ZWAR SOFORT!

Nach der Atomkatastrophe in Japan kam aus Mühleberg: In Berns Westen nichts Neues! Die AKW-Betreiber bleiben ihrer Linie, die sie seit Jahren konsequent verfolgen, treu: Zu den Schäden und Sicherheitsmängeln und zu den Gefahren für die Bevölkerung bieten die Bernischen Kraftwerke BKW weiterhin nur: Fehlinformationen, Vertuschung, Abwiegelung, Vertröstung.

Der Bevölkerung ist ein solch gefährliches AKW mit solch verantwortungslosen Betreibern nicht länger zuzumuten. Die Bevölkerung der Stadt Bern, die innerhalb des 20-Kilometer-Radius rund um das Atomkraftwerk lebt, muss sofort und dauerhaft vor den Gefahren, die vom AKW Mühleberg drohen, geschützt werden.

Zu diesem Zweck wird der Gemeinderat beauftragt:

1. gegenüber dem Kanton und dem AKW-Betreiber alles in seiner Macht stehende zu tun, um eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg zu erreichen;
2. alle Bestrebungen auf politischer und rechtlicher Ebene aktiv zu unterstützen, die eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg anstreben.
3. Alle seine diesbezüglichen Schritte offen zu kommunizieren.

Begründung der Dringlichkeit:

Das jüngste Verwirrspiel um die aktuelle Sicherheitsüberprüfung erlaubt keinen Aufschub der geforderten Massnahmen. Die Bevölkerung weit über die Stadt Bern hinaus hat ein Anrecht auf eine rasche Klärung der verunsichernden und beängstigenden Sachlage.

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 23. März 2011

GESTERN ARBEITSLOSE UND IV-BEZÜGERINNEN, HEUTE SOZIALHILFEEMPFÄNGER. WER KOMMT MORGEN DRAN?

NEIN ZUR REVISION DES SOZIALHILFEGESETZES!

Am 24. Januar 2011 hat der Berner Grossrat der Revision des Sozialhilfegesetzes zugestimmt. Diese beinhaltet eine faktische Aufhebung des Sozialhilfegeheimnisses und in dem Sinne eine krasse Einschränkung des Rechts auf Privatsphäre. Diese Revision ist Teil eines grösseren Sozialabbaus, der auf allen Ebenen des Staates stattfindet. Die PdA Bern unterstützt das Referendum dagegen.

Die „Schweizermacher“- Zeiten sind wieder da. Doch diesmal geht es um konkreteres. Diesmal steht nicht zur Frage, ob die Nachbarn einen weissen Küchenvorhang haben. Diesmal geht es nicht um graue oder braune Abfallsäcke. Heute sollen Menschen bespitzelt werden, weil sie unter Generalverdacht stehen, dass sie die Sozialhilfe missbrauchen.

Die vorliegende Revision sieht vor, dass auskunftspflichtige Personen einen Verdacht sogar auf eine blosser Übertretung der Staatsanwaltschaft mitzuteilen haben (während bei Steuerzahlern immer noch unterschieden wird, zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung). Sie schafft aus Familienangehörigen, Ärzten, Vermieterinnen usw. Mitarbeiter eines Überwachungsapparats.

Die PdA Bern setzt sich grundsätzlich gegen alle Tendenzen der Überwachung und Bespitzelung im öffentlichen Raum und im Privaten ein, im Stadion und im Wohnzimmer in der Schule und im Badezimmer in der Sozialhilfe und im Schlafzimmer.

Sozialstaat statt Spitzelstaat!

Die PdA Bern stellt fest dass,

1. Die Revision unter dem Vorwand der „Missbrauchsbekämpfung“ geschrieben worden ist. Die sogenannten Missbrauchsfälle werden nicht als Einzelfälle dargestellt. Es wird als strukturelles Problem der Sozialhilfe angesehen. Doch was ist da schon ein „BMW-Fall“ gegen ein Unternehmen, das Löhne bezahlt, die zum Leben nicht reichen?

2. Es soll den Anschein haben, dass diese Revision eine verstreute Massnahme unter vielen ist. Sie ist aber Teil einer grossen Kampagne der bürgerlichen Klasse zur Zersetzung des schweizerischen Sozialsystems.

3. Diese Kampagne ist in der Stadt Bern spürbar. Wir mussten uns im Parlament in der letzten Zeit gegen mehr als ein halbes Dutzend Motionen und Interpellationen wehren. Alle wollen in die gleiche Richtung. Verdächtigungen, Sanktionen über Sanktionen, Generalvollmachten zur Überprüfung der



PDA ★ BERN

**KEINE ARBEIT
KEIN STUTZ
NUN AUCH KEIN
DATENSCHUTZ**

REFERENDUM-SOZIALHILFEGESETZ.CH

persönlichen Daten, Disziplinierung usw.

4. Auf nationaler Ebene mussten sich die Arbeitslosen und Armutsbetroffenen gegen die Revision der Arbeitslosenversicherung wehren.

5. Der Sozialabbau wird Konsequenzen haben – für uns alle. Seien es finanzielle, wie die Kostenverlagerung durch die Revisionen der Sozialversicherungen auf die Kantone und Gemeinden, oder den daraus resultierenden Abbau der Rechte der Betroffenen, wie wir es jetzt mit dieser Revision haben.

In Anbetracht der Milliardengeschenke an die Banken und des Klassenkampfes von oben gegen unten setzt sich die PdA Bern vehement gegen jegliche Tendenzen der Bespitzelung, Ausgrenzung und Repression gegenüber Sozialhilfeempfängern ein. Deshalb: Nein zur Revision des Sozialhilfegesetzes! Sozialhilfebezüger sind keine Steuerbetrüger!

Pressekonferenz vom 23. Februar 2011

**ANTI LE CORBUSIER PARTY
UND BOXKAMPF AM 1. MAI 2011**

um 14 Uhr sind Alle an der Anti-Le Corbusier Party eingeladen. Die Party mit Boxkampf findet beim Le-Corbusier-Platz in Bümpliz statt. Sergei Eisenstein und Le-Corbusier werden an der Party anwesend sein und gemeinsam in den Ring steigen.

Es geht darum, dass Le-Corbusier eins auf die Nase kriegt und seinen Platz verliert in Bümpliz sowie in der Geschichte verliert. Schliesslich hat Corbusier gebaut, um die Revolution zu verhindern. Nehmt deshalb Hammer und Schraubenzieher mit, so dass wir gemeinsam das Schild des Le-Corbu-

sier-Platzes entsorgen können. Corbusiers Bauten lassen keine Revolution zu, sie sperren die Gesellschaft ein. Von Bümpliz bis Paris tragen die gettoisierten Vorstädte die Handschrift Le-Corbusiers.

Lasst uns deshalb aus diesem Grund am 1. Mai 2011 den Le-Corbusier-Platz in Bümpliz zu einem Sergei-Eisenstein-Platz ummontieren. Während Le-Corbusiers Architektur die Gesellschaft einsperrt, regen die Filme Eisensteins dazu an, Revolution zu machen.

Für genügend Bier und Wein an der Anti- Le Corbusier Party wird gesorgt.

Sollte die Polizei aufkreuzen, darf Sie mit uns auf den Sergei-Eisenstein-Platz anstossen.

Johannes Lortz





OTTO MARTI ZUM 95.
DIESE SIND UNENTBEHRLICH

Unser Genosse Otto Marti feierte am 11. April 2011 seinen 95. Geburtstag. Leider ist es ihm nicht vergönnt, weiterhin in seiner kleinen Wohnung zu leben, die er vor über 50 Jahren in Ostermundigen bezogen hatte: Ein Sturz vor wenigen Wochen verurteilte ihn zunächst zu einem Aufenthalt in der Insel, später dann zum definitiven Umzug in ein Pflegeheim.

Otto stammt ursprünglich aus dem Bantigertal, wo seine Eltern zur Untermiete bei einem Bauern lebten. Sein Vater war Arbeiter bei der Zent in Ostermundigen, die Familie mit insgesamt zehn Geschwistern kinderreich. Nur gerade zwei Zimmer standen der Familie zur Verfügung: «Im vorderen Zimmer waren die Eltern untergebracht, im hinteren Zimmer standen zwei Betten, eines für die Buben und eines für die Mädchen. Weil ich im Bubenbett der Kleinste war, schlief ich quer am Fussende.» Otto, der Dritttüngste, erlebte nicht das, was man eine «glückliche Jugend» nennen würde. In der ersten Klasse sollte er nach Zürich zu einem Bauern, vermittelt durch die Pro Juventute: «Man band mir einen Karton mit der Adresse um den Hals und brachte mich auf die Eisenbahn. Bei diesem Bauern musste ich Kühe hüten. Die Söhne des Bauern, welche älter waren als ich, quälten mich oft und warfen mich zum Muni in den Stall oder in die Koje eines wilden Pferdes. Ich wurde krank. Als ich wieder heim kehren durfte, schimpfte meine Mutter mit mir, weil ich krank geworden war, statt dass sie mir half.» Alpträume quälten den Pfüderi, der wegen seiner unterdurchschnittlichen Körpergrösse von Geschwistern und Mitschülern immer gehänselt wurde, und ein verheimlichter Sturz, der wohl zu Hirnverletzungen führte, behinderten den Heranwachsenden beim Lernen.

Auf dem Höhepunkt der Krisenjahre trat Otto ins Berufsleben. Eine begonnene Malerlehre musste er abbrechen, weil sein Lehrmeister Konkurs ging. Otto schlug sich zunächst als Gärtner und Officebursche im Waadtland durch, später als Saisonier im Berner Oberland und in der Stadt Bern. Ein Beschäftigungsprogramm während der Rekrutenschule führte ihn in den harten Stollenbau, in Hondrich zunächst, später in Militäranlagen im Beatenberg und in Reichenbach. Sechs Jahre lang

war er darauf im Aktivdienst, als Gebirgsfüsel. Seit seinem 17. Lebensjahr Mitglied bei den Freidenkern, fand Otto noch vor Ende des Zweiten Weltkrieges Zugang zu Aktivisten der verbotenen Kommunistischen Partei und half 1944 mit, die Partei der Arbeit zu gründen. Ein Jahr zuvor war er bereits der damaligen Bau- und Holzarbeitergewerkschaft SBHV beigetreten, der er, nun als Unia, bis heute die Treue gehalten hat.

Wie der Partei der Arbeit. Es waren mulmige Zeiten, die er als bekennender Kommunist und Gewerkschafter in den Zeiten des Kalten Krieges durchlebte. Verprügelt von der Polizei, als «Fötzelkommunist», auf der Bahnhofwache, nach einer Verhaftung, angefeindet von seinen Arbeitskollegen bei der Klavierfabrik Schmidt-Flor, wo er nach dem Krieg als Saiten-Bezüger Anstellung fand, verfolgt durch Fahnder der Bundespolizei, liess sich Otto in seiner Überzeugung, dass die Menschen eine bessere Welt verdient haben, nie beirren. Oft im Visier der politischen Häscher organisierte er, der die erste Klasse wiederholen musste und noch in der fünften Klasse vor dem Lehrer kein Wort hervorbrachte, den Literaturvertrieb für die Parteimitglieder und übernahm in den 70er Jahren, als es so manchen 68er in die Berner Sektion drängte, gar den Parteivorsitz.

«Mit der Partei reiste ich viel und gerne», gibt Otto zu Protokoll. «Wenn ich in ein sozialistisches Land reisen konnte, blühte ich jeweils richtiggehend auf.» Die DDR, Kuba, die Sowjetunion, aber auch Bulgarien und Ungarn: Erinnerungen an Begegnungen mit Land und Leuten, von denen Otto heute zehrt. «Ohne die Partei», so ist Otto überzeugt, «hätte ich sicher nicht so weit reisen können.» Und mehr noch: Die Partei habe ihm nicht nur Wissen, sondern auch Selbstachtung gegeben und Verständnis für all das Übel, das ihm in seiner Kindheit wiederfahren ist. Und schliesslich: «Ohne Partei würde ich nicht so lange leben.»

Martin Schwander

*Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.*

Bert Brecht

Otto Marti ist an seinem 95. Geburtstag gestorben.

PAROLEN DER PDA BERN FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM 15. MAI 2011

Kanton Bern

Kantonales Energiegesetz	JA
Volksvorschlag	NEIN
Stichfrage	KANTONALES ENERGIEGESETZ

Stadt Bern

Rückführung der Stadtbauten Bern (StaBe) in die Verwaltung;	JA
---	----

Grundsatzentscheid Subventionsverträge bzw. Leistungsvertrag mit fünf Kulturinstitutionen für die Jahre 2012 bis 2015;	5x JA
--	-------

Kita-Initiative	JA
Gegenvorschlag des Stadtrats	NEIN
Stichfrage	INITIATIVE

Zonenplan Planung Holligen	NEIN
----------------------------	------

JA ZUM ENERGIEGESETZ DES „GROSSEN RATES“, NEIN ZUM „VOLKSVORSCHLAG“!

Die PdA Bern empfiehlt die Revision des Energiegesetzes zur Annahme. Gerade hat die Katastrophe in Fukushima gezeigt, wie wichtig die Förderung von erneuerbaren Energien und die Reduktion des Energieverbrauchs wären und wie wenig hier in der Schweiz dafür gemacht wird (die AKW-BKW lässt grüssen). Das neue Gesetz ist sicher nicht ausreichend, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Dass der Energieausweis für Gebäude obligatorisch werden soll, ist auch nur ein Tropfen auf den heissen Stein, wenn man an die Ohnmacht der MieterInnen gegenüber den diktatorischen Rechten von Vermietern, Hausbesitzern und Immobilienkonzerne denkt. Aber immerhin wird mit dem obligatorischen sog. GEAK ein bisschen Transparenz geschaffen und die Vermieter zum (richtigen) Handeln animiert.

Der sogenannte „Volksvorschlag“, der im Gegensatz zur „Vorlage des Grossen Rates“ absurderweise auch wirklich von ebendiesem Rat unter-

stützt wird, ist abzulehnen, da die zwei zentralen Veränderungen, die Energieförderabgabe und der obligatorische Gebäudeausweis nicht mehr enthalten sind. Und obwohl die restlichen Punkte, die identisch sind und eine Verbesserung zum bestehenden Gesetz brächten (wie z.B. Verbot von Elektrospeicheröfen, Skybeamern und ähnlichen Fürzen), ist dieser Gegenvorschlag wegen dem unsinnigen und verwirrenden Abstimmungsmodus, der in der letzten Zeit widersprüchliche Resultate lieferte (z.B. Motorfahrzeugsteuern im Februar) zu bekämpfen. Auch das Verhalten des Grossrates, der aufgrund des „Volksvorschlages“ den Schwanz eingezogen hat, ist zu kritisieren.

Deshalb Ja zum Energiegesetz („Vorschlag Grossrat“), Nein zum Gegenvorschlag („Volksvorschlag“) und Stichentscheid nicht vergessen: „Grosser Rat“.

„INNOVATIVES WOHNEN“: ETIKETTENSCHWINDEL IM HOLLIGEN-QUARTIER!

Planung Holligen (Zonenplan und Überbauungsordnung); Abstimmungsbotschaft Intervention der PdA Bern an der Stadtratssitzung vom 17. März 2011

Da reden alle auf einmal von bezahlbaren Wohnungen – zumindest für Familien des stark umwobenen Mittelstands. Ich lese aber bloss immer und immer wieder: Durchmischung. Soziale Durchmischung. Nein: Stimmt nicht ganz. Nicht, wenn es um Waldstadt Bremer geht. Oder um Schönberg-Ost. Aber schliesslich heisst es dort doch: „Hier wächst Berns Zukunft“.

Da reden alle auf einmal von baulicher Verdichtung – zumindest für Quartiere, in denen eh schon recht dicht gewohnt wird. Niemand kann behaupten, Holligen würde verdichtetes Bauen nicht kennen. Wir wehren uns dagegen, dass die betroffenen Bevölkerung jetzt als verwöhnter Kasper verhöhnt wird: „Diese Suppe ess ich nicht!“

Da reden alle auf einmal von Nachhaltigkeit – sogar jene, die gewöhnlich der unsichtbar lenkenden Hand des Marktes blind vertrauen. Und gleichzeitig lassen diese Kreise nichts unversucht, den Schutz von Wohnraum auszuhöhlen. Solange wir befürch-

ten müssen, dass Wohnraum von Büros gefressen wird, ist jede Rede von Nachhaltigkeit – wie sie in der Abstimmungsbotschaft ausufernd beschworen wird – unehrlich und schadet letztlich dem Anliegen: die Stadt wirklich nachhaltig zu entwickeln.

Aber wird denn da in der Abstimmungsbotschaft zur Planung Holligen nicht mit günstigem Wohnraum argumentiert? Ist doch eine schöne und gute Sache! Ich muss dann aber im Vortrag des Gemeinderats leider auch lesen: „Für die in der Überbauungsordnung zu verankernde Pflicht, Wohnungen mit einfachem Standard zu erstellen, fehlt der Stadt die Regelungskompetenz.“ Das macht ratlos. Nicht nur mich. Denke ich. Und noch ratloser werde ich, wenn ich daran denke, dass vor noch gar nicht so langer Zeit hier im Stadtrat Motionen abgeschmettert worden sind, die einen verbindlichen Auftrag zum Bau günstiger Wohnungen festschreiben wollten.

Für die PdA Bern ist somit die Sache klar: Solange keine Garantie für die Planung und den Bau kostengünstiger Wohnung geliefert werden kann, lehnen wir Zonenplanänderungen wie im vorliegenden Fall ab. Die Stadt soll attraktiv sein. Das nehmen wir ernst. Aber nicht nur attraktiv für gut und sehr gut Verdienende.

Wie attraktiv ist Bern-Holligen denn heute? Grünflächen, Familiengärten, Freiräume – da haben wir doch eine „Art Room-Sharing“, wie es in der Abstimmungsbotschaft so schön angepriesen wird! Und genau dem soll es jetzt mit der Zonenplanänderung an den Kragen gehen. Schluss damit: Das ist laut Gemeinderat bloss „Gewohnheitsrecht“. Und wir wissen doch, wie es den Gemeinderat davor graust. Gegen dieses Gewohnheitsrecht hilft etwas immer: Rotation. Rotation der Bevölkerung – wie sie im Gäbelbach getestet wird, wie sie für Söckacker Süd in Planung ist. Rotation: Schöngeredet zu sozialer Durchmischung.

Aber da gibt es doch für das Holligen-Quartier noch das Zückerchen: den Stadtpark. Damit sich die Leute doch so schön begegnen können im Quartier. Und sollte das schon heute der Fall sein – gar dank den im Gewohnheitsrecht besetzten Familiengärten –, dann –? Dann ist das für den Gemeinderat erstens kein Argument. Und zweitens muss so etwas heute doch geplant und strukturiert und immer mal wieder evaluiert sein. Für so etwas braucht es doch Profis. Wir erwarten schon

einen saftigen Projektkredit „Bewirtschaftung Stadtpark“. Wo kämen wir denn da hin, wenn wir das einfach der Bevölkerung überlassen würden?

Die Zonenplanänderung Holligen setzt falsche Weichen. Wenn Berns Zukunft wachsen will, dann sind wir auf die lebendigen Erfahrungen der Quartierbevölkerung angewiesen: auf ihren kreativen Umgang mit dem knappen Raum, mit unterschiedlichen Geschichten und Gewohnheiten. Die PdA Bern sagt ja zu diesem lebendigen Quartier. Deshalb lehnen wir die Zonenplanänderung ab. Heute Holligen. Morgen Stöckacker Süd. Übermorgen: ? Da braucht es: Widerstand! Die Ablehnung der Planung Holligen ist ein erster wichtiger Schritt.

Rolf Zbinden, PdA Bern, 17. März 2011

JA ZUR RÜCKFÜHRUNG DER STADTBAUTEN! (STABE)

Endlich werden die Sünden von Rot-Grün-Mitte gesehen. Die Politik in den letzten zwei Jahrzehnten hatte nichts mit linker Politik zu tun. Das einzige, was in der Stadt rot wurde, sind Tram und Bus, der Casinoplatz und Tschäppät selber, nachdem er im Suff Blocher gedisst hatte. Dafür wurden die Städtischen Verkehrsbetriebe ausgelagert und umgetauft (Bernmobil), die Energie- und Wasserversorgung (EWB) und eben die Stadtbauten bereit gemacht für die Privatisierung. Während die Bürgergemeinde auf ihrem milliardenschweren Besitz beharrt, verscherbelte die diesen Herren von Bern wohlgesinnte RGM-Regierung ihr eigenes und damit unser Eigentum. Die Rückführung der Stadtbauten in die Stadtverwaltung sehen wir als ersten Schritt in die richtige Richtung. Die öffentliche Verwaltung ist nicht nach Prinzipien der Privatwirtschaft zu führen und schon gar nicht zu privatisieren, sondern nach demokratischen und transparenten Grundsätzen zu leiten! Wir erwarten, dass die andern Fehler auch rückgängig gemacht werden, und zwar sofort.

Impressum:

PdA Partei der Arbeit Bern
Quartiergasse 17, Postfach 7501, 3001 Bern
Kontonummer 30-26786-9
www.pdabern.ch mail@pdabern.ch



DATEN- SCHUTZ FÜR ALLE

REFERENDUM GEGEN DIE ABSCHAFFUNG
DES DATENSCHUTZES IM SOZIALHILFEGESETZ
REFERENDUM-SOZIALHILFEGESETZ.CH

PLAKATKAMPAGNE DER PDA BERN ★
